

# Bündnis 90/ DIE GRÜNEN CDU

**Fraktionsgeschäftsstelle:**

Bahnstraße 50  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: 0208 / 47 92 41  
Telefax: 0208 / 47 96 68  
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**
- Fraktionen in den Bezirksvertretungen 1, 2 und 3**

## Antrag

**Nr.: A 14/0239-01**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

**öffentlich****Datum:** 06.03.2014**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld
- Herrn Vorsitzenden Dieter Wiechering des Planungsausschusses
- Herrn Vorsitzenden Hubert Niehoff des Ausschusses für Umwelt und Energie
- Herrn Bezirksbürgermeister Arnold Fessen der Bezirksvertretung 1
- Frau Bezirksbürgermeisterin Heike Rechlin-Wrede der Bezirksvertretung 2
- Herrn Bezirksbürgermeister Gerhard Allzeit der Bezirksvertretung 3
- nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

**Beratungsfolge:**

<b>Status:*</b>	<b>Datum:</b>	<b>Gremium:</b>	<b>Berichterstattung:</b>
Ö	18.03.2014	Planungsausschuss	Brigitte Erd, Ursula Schröder
Ö	20.03.2014	Umweltausschuss	Brigitte Erd, Bernd Dickmann
Ö	10.04.2014	Rat der Stadt	Tim Giesbert, Wolfgang Michels
Ö	28.04.2014	BV 1	Alfred Krüger, Peter Schwarz
Ö	29.04.2014	BV 2	Axel Hercher, Dr. Roland Chrobok
Ö	05.05.2014	BV 3	Heidemarie Sinn-Leyendecker, Monika Blum

\* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

## Flächenbilanzierung

### Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung, der Rat und die Bezirksvertretungen der Stadt Mülheim an der Ruhr verpflichten sich dahingehend, dass bei städtischen Baumaßnahmen und Bebauungsplänen eine ökologisch gleichwertige Flächenentsiegelung mindestens in dem Maß der neuen Flächenversiegelung stattfindet. Sollten keine adäquaten Bodenflächen zur Verfügung stehen, ist zu prüfen, auf welche Weise ein alternativer ökologischer Ausgleich möglich ist.

2. Die Verwaltung prüft, ob es rechtlich möglich ist, auch private Bauvorhaben in dieser Weise zu regulieren.
3. Weiterhin verpflichten sich die Verwaltung, der Rat und die Bezirksvertretungen dazu, bei Straßensanierungen verstärkt Pflanzungen von Straßenbegleitgrün mit zu berücksichtigen.

### **Begründung:**

Eine Vergrößerung der versiegelten Flächen sowie das Abholzen großer Bäume im Straßenbegleitgrün darf in Zukunft nicht mehr erfolgen. In Anlehnung an die Ziele des neuen LEP soll deshalb bei allen oben genannten Maßnahmen mindestens der Ausgleich unter dem Aspekt der Ökologie sowie der Biodiversität beachtet werden.

Tim Giesbert  
Fraktionssprecher

Wolfgang Michels  
Fraktionsvorsitzender

### **Gleichstellungsrelevante Aspekte**

#### **Ja**

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte erfolgt im Kontext der Drucksache, ggfs. als Anlage zur Drucksache. (Dabei müssen z.B. Planungskriterien, Verordnungen, Rechtsgrundlagen, Richtlinien etc., die dem Vorschlag zu Grunde liegen, genannt werden. Es ist hervorzuheben, zu analysieren und darzulegen, inwieweit gleichstellungsrelevante Aspekte berücksichtigt wurden.)

#### **Nein**

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte entfällt aus folgenden Gründen:

.....  
.....  
.....